

Beitrag zur Konsultation der EU-Kommission über die künftige EU-Strategie bis 2020

Für die Stahlindustrie in Deutschland ist es zentral, dass nachhaltiges Wachstum auf der Grundlage einer innovativen und wettbewerbsfähigen europäischen Industrie den Schwerpunkt der künftigen Strategie der Kommission bildet. Eine zielgerichtete Innovations- und Bildungsoffensive, die von der Kommission dazu vorgeschlagen wird, bildet dazu einen richtigen Hebel. Jedoch sind die von der Kommission vorgeschlagenen industriepolitischen Maßnahmen nicht der richtige Ansatz, die europäische Industrie zum Innovationsführer für umweltfreundliche Produkte und Technologien zu machen sowie die Umwelt- und Klimaziele der EU zu erreichen. Die skizzierten Maßnahmen berücksichtigen die Zusammenhänge in industriellen Wertschöpfungsketten nicht ausreichend und greifen zu stark in den Wettbewerb ein. Der Wettbewerb ist nach wie vor der beste uns zur Verfügung stehende Mechanismus, um die innovativsten Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft hervorzubringen. Er sollte deshalb auch genutzt werden. Es ist klar, dass die EU für eine nachhaltige Zukunft eine starke industrielle Basis benötigt. Darüber hinaus ist die Industrie als Ganzes zu stärken.

Ausgangspunkt

Bis zum Jahre 2010 sollte die EU „zur wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaft der Welt“ werden. Dieses Lissabon-Ziel wird nicht erreicht werden. Die Krise hat die EU noch weiter von ihrem Ziel entfernt. Nun möchte die Kommission die Ziele für die EU neu ausrichten und eine neue Strategie für die nächsten 10 Jahre auf den Weg bringen.

Die Kommission beschreibt dazu drei Prioritäten zum Erreichen der EU-Ziele für 2020:

1. Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum
2. Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften
3. Schaffung einer wettbewerbsfähigeren, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft

Zu den neuen Vorschlägen

Die EU ist bereits heute einer der ökologischsten und sozialsten Wirtschaftsräume der Welt. Mit ihrer Forderung nach einer Modernisierung der Industrie und der Schaffung neuer umweltfreundlicher Industrien negiert die Kommission, dass Europa bereits jetzt energieeffizient eine Vielzahl umwelt- und klimaschonender Produkte herstellt und an Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft forscht. Die EU ist Weltmarktführer für umweltschonende Produkte und Verfahren. So hat die Stahlindustrie in Deutschland nicht nur ihre prozessbedingten Emissionen in den letzten Jahrzehnten drastisch reduziert, sondern auch durch neue hochfeste Stähle maßgebliche Beiträge zu geringerem Energieeinsatz bei Anwendungen geleistet. Beispielsweise gab es rund 30% der heute verfügbaren Stähle vor zehn Jahren noch nicht.

Die Kommission macht keinen Unterschied zwischen dem Leitbild einer nachhaltigen Wirtschaft und einer „green economy“. Ihre Ausführungen über die zu ergreifenden Maßnahmen zeigen deutlich, dass sie zwar von Nachhaltigkeit spricht, aber dem Umwelt- und Klimaschutz höchste Priorität einräumt. **Dagegen müssen auch die Kosten einer zu einseitigen Ökologieorientierung der Politik für die Industrie ebenso wie die Gefahr von Produktions-, Know-how- und weiterer Verlagerungen berücksichtigt werden.**

Die derzeit größte Herausforderung für die EU ist die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Wirtschaftliches Wachstum ist das, was die EU derzeit am dringendsten braucht. Prosperiert die Ökonomie wieder, dann werden die Unternehmen mit ihren Innovationen an ihre bisherigen Erfolge im Umwelt- und Klimaschutz anknüpfen und ihre gute Partnerschaft mit den Mitarbeitern fortsetzen können. Eine EU-Strategie für die nächsten Jahre muss diesem Umstand Rechnung tragen.

Zur Durchsetzung der „grünen“ Wirtschaft möchte die Kommission neue, ökologischere Industrien aufbauen und die ökologische Modernisierung der existierenden Industriezweige beschleunigen. Mit Hilfe von Regulierungen, Emissionshandel, einer Steuerreform, gezielten Zuschüssen, Subventionen und Krediten, öffentlichen Investitionen, öffentlichen Vergabepraktiken sowie durch die Forschungs- und Innovationshaushalte will die Kommission dieses Ziel erreichen. Beispielsweise darf eine Steuerreform, soweit sie überhaupt in die Zuständigkeit der Kommission fällt, keinesfalls zu erhöhten Steuerbelastungen führen. Die Kommission sollte nach Überwindung der Krise grundsätzlich auch in der Praxis zum Subventionsverbot zurückkehren. Dieses Instrumentarium überschreitet deutlich den ordnungspolitischen Rahmen, den die Politik in einer wettbewerblichen Ordnung stecken darf, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Die Kommission plant eine gezielte Förderung „zukunftsträchtiger grüner Märkte und Technologien“. Diese Vorstellung ist aus zwei Gründen fehlgeleitet:

Zum einen lässt die Kommission offen, wie diese zu identifizieren sind. Staaten sind keine besseren Unternehmer. Im Erkennen von Marktchancen haben sie gegenüber privaten Unternehmen eher Nachteile. Sie haften nicht mit eigenem Risiko und verfügen weder technologisch noch hinsichtlich der Kundenbedürfnisse über die notwendigen Kenntnisse. Zum anderen ist eine Unterscheidung in „grüne“ und „nicht-grüne“ Sektoren künstlich. **Gerade in Deutschland macht die Zusammenarbeit aller Industrien entlang der Wertschöpfungsketten den Erfolg der deutschen Industrie mit umweltfreundlichen Produkten und Technologien aus.** Die Stahlindustrie leistet in der eigenen Produktion ihren ökologischen Beitrag, z. B. durch effizienten Reduktionsmitteleinsatz und Stahlrecycling, und befähigt mit dem so erzeugten Werkstoff andere Industrien in der Wertschöpfungskette ökologisch vorteilhafte Erzeugnisse herzustellen. Auch andere energieintensive Grundstoffindustrien leisten ihren Beitrag und ermöglichen damit erst die landläufig als grün geltende Industrie zur Herstellung von erneuerbaren Energien. Eine Politik, die nur auf einzelne Branchen setzt, ist deshalb zum Scheitern verurteilt.

Eine selektive Industriepolitik wird das Innovationstempo und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie schwächen, Wachstum und Arbeitsplätze kosten und die Fähigkeit der Industrie, Lösungen für den Umwelt- und Klimaschutz hervorzubringen, eher behindern als fördern.

Die Kommission verweist zu Recht darauf, dass Wissen der Motor für nachhaltiges Wachstum ist. Forschungsergebnisse sind nicht planbar. Die Forschungsförderung muss deshalb eine ganze Reihe technologischer Handlungsalternativen einschließen. Denn nur so können unterschiedliche Lösungsansätze untersucht werden, von denen dann die Besten zu einer kommerziellen Anwendung kommen. **Aus ordnungspolitischen Grundsätzen ist eine steuerliche Forschungsförderung anzustreben.** Sie überlässt die Wahl der Forschungsthemen den Unternehmen, anstatt diese staatlich festzulegen, vermeidet Bevorzugungen bzw. Benachteiligungen von Branchen und Unternehmen und sollte in allen Mitgliedstaaten in Ergänzung zur Programmförderung eingeführt werden.

Düsseldorf, 15. Januar 2010